Wolfgang Waldner

Das Saysche Theorem

Deflation does not reduce wages "automatically". It reduces them by causing unemployment. The proper object of dear money is to check an incipient boom. Woe to those whose faith leads them to use it to aggravate a depression!

(Keynes, “The Economic Consequences of Mr. Churchill” (1925), Essays in Persuasion, London 1963, S. 259)

Wolfgang Waldner

Das Saysche Theorem und die geldpolitische Verursachung von Wirtschaftskrisen

Wie und warum Wirtschaftskrisen und Massenarbeitslosigkeit seit jeher absichtlich verursacht werden.

Wie seit Jean-Baptiste Say und David Ricardo die Klassiker der Nationalökonomie geldpolitisch verursachte Absatzkrisen leugnen und für grundsätzlich unmöglich erklären.

Wie die Volkswirtschaftslehre noch heute aus Modellen ohne richtiges Geld widersinnige Schlüsse zieht und die Studenten und das Publikum mit falschen Vorstellungen indoktriniert.

© 2009 Wolfgang Waldner

Herstellung und Verlag:

Books on Demand GmbH, Norderstedt

ISBN: 978-3-8391-0839-0

Inhaltsverzeichnis:

S. 07 Warum Produktion und Einkommen identisch sind

S. 10 Die Ausgaben bestimmen die Einkommen

S. 12 Nachfrage und Produktionspotential

S. 13 Vollbeschäftigung und Inflation

S. 14 Wie wird Inflation bekämpft

S. 15 Das Sparen ist die Ursache aller Absatzkrisen

S. 17 Die Kreditschöpfung der Banken

S. 18 Wie entsteht der Unternehmergewinn?

S. 19 Der Saysche Trugschluss und seine Scheinlogik

S. 21 Jean-Baptiste Say

S. 24 James Mill

S. 26 David Ricardo und die Deflation in England

S. 29 Karl Marx über die Krisen

S. 31 Der Mechanismus des Goldstandards

S. 32 Nachkriegsdeflation und Goldstandard

S. 34 Weltwirtschaftskrise

S. 36 Wie „Der Deutsche Volkswirt“ die Krise erklärte

S. 43 Die Neoliberalen

S. 44 Bastardkeynesianismus und IS-LM-Schwindel

S. 45 Monetarismus und Ölkrisen

S. 46 Die Volcker-Weltrezession der 1980er Jahre

S. 48 Das Saysche Theorem heute

Warum Produktion und Einkommen identisch sind

In der vereinfachten Form behauptet das Saysche Theorem:

Jedes Güterangebot schafft sich seine Nachfrage selbst!

Damit ist die Folgerung verbunden, dass es keine Absatzkrisen geben könne, dass also die Produktion nie durch fehlende Nachfrage beschränkt werde.

Es handelt sich hierbei um eine gezielte Irreführung des Publikums mit Hilfe einer als verdrehte Gleichung dargestellten Tautologie.

Als Gleichung geschrieben, lautet die These im Prinzip:

Güterangebot = Nachfrage

Jede Gleichung kann von links nach rechts oder umgekehrt gelesen werden, womit sich der unterstellte kausale Zusammenhang ändert.

Angebot => Nachfrage

Umgekehrt heißt die Gleichung:

Nachfrage => Angebot

Ersetzen wir die Wörter Angebot durch Produktion und Nachfrage durch Absatz:

Absatz => Produktion

Die Produktion richtet sich folglich nach den Absatzmöglichkeiten. Man produziert, bis die Nachfrage befriedigt ist. Der Absatz bestimmt den Umfang der Produktion.

Schon ist der Trick mit dem Sayschen Theorem offensichtlich: man hat eine gültige Gleichung umgedreht, um eine unzutreffende Kausalität zu unterstellen, dass sich nicht die Produktion nach dem Absatz richte, sondern die Nachfrage nach dem Angebot.

Die zutreffende Grundlage des Sayschen Theorems ist die Identität von Produktion und Einkommen in einer Volkswirtschaft.

(Nachfrage/Absatz =>) Produktion = Einkommen

In jeder Volkswirtschaft besteht das Einkommen genau aus dem Wert der Produktion. Nur durch Produktion ist ein volkswirtschaftliches Einkommen zu erzielen.

Renten, Steuern, Umverteilungen des Staates und andere Einkommen von Haushalten, die nicht aus der Produktion stammen, finanzieren sich als Abgaben von den durch Produktion entstandenen Einkommen der Haushalte.

Produktion und Einkommen sind deshalb gleich, weil es sich dabei um die gleiche Sache handelt, die nur aus verschiedenem Blickwinkel betrachtet und deshalb mit unterschiedlichen Bezeichnungen versehen wird. Man nennt das eine Tautologie, weil mit Produktion und Einkommen zweimal das Gleiche gesagt wird. Produktion und Einkommen sind auf der makroökonomischen Ebene identisch.

Dabei kommt es auch nicht darauf an, dass der Wert einer Produktion unterschiedlich angesetzt werden kann. Zum Beispiel kann in einem Zeitraum von einer Ware zu viel erzeugt worden sein und unverkäuflich auf Lager liegen. Nun lässt sich diese Ware entweder zu ihrem üblichen Preis in den Wert der Produktion einrechnen. Bei dieser Betrachtung hat der Produzent selbst die Ware zur Vergrößerung seines Lagerbestands nachgefragt. Das Einkommen ist nicht als Geld dem Produzenten zugeflossen, sondern es liegt als Überproduktion auf Lager.

Auch unverkaufte Ware ist also Einkommen, der Produzent kann ja mit dieser Ware in seinem Lager sofort die Produktion einschränken. Andernfalls, wenn die Ware endgültig unverkäuflich ist, hat der Unternehmer einen Fehler begangen und mit einer falschen Geschäftsentscheidung Geld verloren. Sobald die Ware abgeschrieben werden muss, verringert sich für diesen Zeitraum der Wert der Nettoproduktion und damit auch der Einkommen um diesen Betrag, aber weiterhin gilt die Tautologie von *Produktion gleich Einkommen*.

Es ist eine Tautologie, kein logischer Schluss und gar kein Beweis, dass Absatzkrisen unmöglich wären. Boom wie Krise sind möglich:

Boom: hohe Produktion => hohe Einkommen

Krise: niedrige Produktion => niedrige Einkommen

In einem Boom, wenn die Produktion mit hoher Auslastung des Produktionspotentials läuft, schafft die hohe Produktion ein hohes Einkommen in dieser Ökonomie. In einer Rezession, wenn die Güternachfrage stark unter das Produktionspotential gesunken ist, schafft die niedrige Produktion ein entsprechend niedriges Einkommen.

Die tautologische Identität von Produktion und Einkommen besagt also nirgends, dass es keine Absatzkrise geben könne, also eine weit unter den Produktionsmöglichkeiten liegende Güternachfrage.

Güternachfrage => Produktion

Weil dem breiten Publikum die Identität von Produktion und Einkommen in einer Volkswirtschaft nicht geläufig ist, gelingt es den Vertretern des Sayschen Trugs an den Universitäten, ihr Publikum aus Laien und gutgläubigen Studenten zu täuschen. Die Tautologen auf ihren Lehrstühlen „beweisen“ zuerst, dass jede Produktion genau zu ihrem Wert auch Einkommen schafft. Es könne also nie an Nachfrage fehlen, lautet der falsche Schluss, der sich plötzlich nicht auf die tatsächliche Produktion bezieht, sondern auf das Produktionspotential.

Die Ausgaben bestimmen die Einkommen

Das mit dem Wert der Produktion identische Einkommen in einer Ökonomie ist zwar genau gleich der Höhe der Güternachfrage, aber das Einkommen bestimmt die Höhe der Güternachfrage nicht. Auch dieser Gedanke widerspricht der Alltagserfahrung, dass sich die Ausgaben nach dem Verdienst richten müssen und die Einkünfte nicht durch höhere Ausgaben steigen.

In einer Volkswirtschaft gilt aber genau dieses Gesetz, dass die Einkommen in einer Ökonomie durch die Höhe der Ausgaben bestimmt werden. Einige Gesetze der Makroökonomie widersprechen dem mikroökonomischen Denken. Zum Beispiel, dass das Einkommen mit den Ausgaben steigt, aber gesamtwirtschaftlich betrachtet ist genau dies der Fall:

Ausgaben => Einkommen

In jeder Volkswirtschaft gilt:

Je größer die Ausgaben, desto höher die Einkommen!

Je niedriger die Ausgaben, desto geringer die Einkommen!

Ist ja klar, denn was der Eine ausgibt, verdient der Andere. Auch Einkommen und Ausgaben sind in einer Volkswirtschaft das gleiche Ding von verschiedenen Seiten gesehen, eine Tautologie. Wer von Einkommen und Ausgaben redet, sagt das Gleiche.

Wenn nun in einer Volkswirtschaft, also bei makroökonomischer Betrachtung, die Einkommen immer gleich den Ausgaben sind, die Einkommen mit den Ausgaben steigen, warum geben wir alle nicht einfach mehr aus und verdienen dadurch mehr?

Wenn jeder für 100 Geldstücke mehr kauft, dann steigt das Volkseinkommen um genau diese 100 Geldstücke pro Kopf.

Der Grund ist das mikroökonomische Problem, dass jeder, der seine Ausgaben erhöht, dadurch die Einkommen anderer steigert, aber nicht unmittelbar sein eigenes Einkommen. Zwar ist es klar, dass wenn alle mehr ausgeben, jeder davon profitiert, aber zunächst einmal richtet sich das Kaufverhalten der einzelnen Haushalte nach der Logik des mikroökonomischen Denkens.

Jeder beachtet seine privaten Interessen und weiß, dass seine gesteigerten Ausgaben seine Ersparnisse verringern oder seine Verschuldung erhöhen. Geben auch alle anderen Haushalte mehr aus, dann steigen alle Einkommen und an den Ersparnissen und der Verschuldung in der gesamten Ökonomie ändert sich im Durchschnitt nichts. Aber kann sich jeder Einzelne darauf verlassen?

In einer Rezession oder gar Depression wird es schwer, die Haushalte einer Wirtschaft wieder so weit zu bringen, sich ihre Dienste und Leistungen abzukaufen und sich nicht länger gegenseitig in den Ruin zu sparen. Denn die individuelle Rationalität besagt genau das Gegenteil des gesamtwirtschaftlich vernünftigen Verhaltens.

Nach aller Erfahrung endet das Sparen erst, wenn es auch vom privaten Standpunkt aus unattraktiv wird. Wenn also die Ökonomie floriert, die Preise und Einkommen steigen, die Zukunft sicher scheint. Genau dann, wenn das Sparen makroökonomisch wieder nützlich wäre, um einen Boom zu bremsen, hören die Leute damit auf und wollen sich sogar noch verschulden.

Bis der Boom von der Notenbank mit Hochzinspolitik beendet wird.

Nachfrage und Produktionspotential

Weil die Ausgaben nicht von den Einkommen beschränkt werden, könnte theoretisch das Produktionspotential in einer Volkswirtschaft immer vollständig ausgelastet sein. Bei voller Auslastung der Produktionsmöglichkeiten würden die höchsten Einkommen erzielt.

Nicht allein die Einkommen steigen mit der Auslastung des Produktionspotentials, sondern als Folge der hohen Auslastung würden auch die Investitionen zur Erweiterung und Verbesserung der Gütererzeugung erhöht. Damit befände sich die Ökonomie auf einem optimalen Wachstumspfad und der Verlust von Kapital durch Unterauslastung wäre gering. Einzelne Wirtschaftszweige gibt es selbstverständlich immer, die schrumpfen und Kapital verlieren.

Man darf nicht vergessen, in welchem Umfang durch den harten Wettbewerb um eine unzureichende Nachfrage laufend Sachkapital vernichtet wird. Jede Fabrik, jedes Ladengeschäft, jedes Hotel ohne ausreichende Einnahmen wird zu einer wertlosen Ruine, wenn der Zustand länger anhält. Mangelnde Güternachfrage und geringe Auslastung des Produktionspotentials lassen eine Ökonomie immer weiter verarmen.

Allerdings würde die optimale Auslastung des Produktionspotentials zu steigenden Preisen führen, also zu Inflation. Von Inflation werden die Eigentümer großer Geldvermögen stark geschädigt, was der Grund ist, dass die optimale Auslastung des Produktionspotentials nicht nur Freunde hat, sondern auch verbitterte und bösartige Feinde.

Bis hierher haben wir uns nur mit den Vorteilen erhöhter Ausgaben und Einnahmen und hoher Auslastung mit Vollbeschäftigung und hohen Investitionen bei geringen Kapitalverlusten befasst. Jetzt werden wir die Interessen diskutieren, die für Krisen und Massenerwerbslosigkeit sorgen.

Vollbeschäftigung und Inflation

Der Haken bei der Vollbeschäftigung ist also die Preissteigerung. Die Preissteigerung wird nicht nur von den Löhnen ausgelöst, aber selbstverständlich führt eine hohe Nachfrage nach Arbeitskräften auch zu höheren Löhnen. Neben den Lohnkosten steigen auch andere Kosten, Boden und Immobilien werden teurer und auch für Rohstoffe muss man mehr Geld ausgeben. Die Kunden vergleichen die Preise nicht mehr so intensiv und bieten den Fabrikanten und Händlern die Möglichkeit, eine immer höhere Gewinnspanne aufzuschlagen.

Steigende Preise führen dann wieder zur Forderung nach einem Inflationsausgleich in den Tarifverhandlungen: die sogenannte Preis-Lohn- oder Lohn-Preis-Spirale ist in Gang gesetzt und dreht sich immer schneller. Nominaleinkommen steigen, Schulden entwerten sich von selbst, die Kreditaufnahme fällt immer leichter und erweist sich als immer vorteilhafter, je stärker die Inflation wirkt.

Nur die Eigentümer der großen Geldvermögen sehen sich dabei als die Geprellten: bald ist die Inflation ihren Zinsen voraus. Zwar steigen mit der Inflation auch die Zinsen auf langfristige Geldanlagen, dieser Anstieg der Zinsen ist aber begleitet von einem Fall der Kurse aller langfristigen Anlagen. Ein Zinsanstieg von nur einem oder zwei Prozent lässt Schuldpapiere mit einer Laufzeit von 10 Jahren oder gar 30 Jahren im Kurs gewaltig einbrechen, da verlieren die reichen Eigentümer leicht mal ein Drittel ihrer Vermögen in den aktuellen Notierungen.

Daher ist die Bekämpfung der Inflation seit Jahrhunderten das politische Dogma und Programm der reichen und einflussreichen Kuponschneider. Am liebsten wären ihnen fallende Preise, so dass sie für ihr angelegtes Geld hohe Realzinsen erhalten und gleich noch die Kaufkraft ihrer Geldvermögen steigt.

Nicht zu vergessen: eine sinkende Inflation und fallende Zinsen führen zu entsprechend hohen Kursgewinnen für die Eigentümer der Papiere.

Wie wird Inflation bekämpft

Die Antwort ist einfach und Sie werden es inzwischen ahnen: zur Bekämpfung der Inflation müssen Absatzkrisen und Arbeitslosigkeit erzeugt werden. Ein menschenfreundlicheres Mittel gibt es nicht, um Druck auf die Löhne und Preise nach unten auszuüben.

Dass die sogenannte Wirtschaftswissenschaft hierzu eine ganz andere Geschichte erzählt, ist Ihnen sicher auch bekannt. Es ist das Märchen von der Steuerung der Geldmenge durch die Notenbank. Angeblich würden die Preise von der umlaufenden Geldmenge bestimmt, so dass eine Inflation die Folge eines überhöhten Geldmengenwachstums wäre. Die Notenbank müsse nur die Geldmenge immer schön langsam wachsen lassen, um Inflation zu vermeiden.

Das wäre selbstverständlich toll, wenn man so einfach das Wachsen der Geldmenge regeln könnte, ohne dabei eine Rezession oder gar eine deflationäre Depression mit schrumpfender Güternachfrage und Arbeitslosigkeit zu erzeugen. Nur gäbe es eben gar nicht erst eine Inflation, wenn es so einfach wäre, und dieser Teil der Wahrheit wird den Studenten und dem Publikum stets vorenthalten. Die Erzählung der Professoren endet bei der wundersamen Steuerung der Geldmenge.

Wir hatten es schon bei den Ursachen der Inflation erwähnt, dass eine hohe Auslastung des Produktionspotentials verbunden mit einer hohen Beschäftigung und anhaltend starker Nachfrage nach Arbeitskräften sich inflationär auswirkt: die Löhne und Preise steigen laufend.

Um die Inflation zu brechen, muss die Notenbank die hohe Auslastung der Ökonomie beenden und für eine sinkende oder gar einbrechende Nachfrage nach Gütern und Arbeitskräften sorgen. Damit stagnieren oder sinken dann auch die Löhne und Preise. So einfach ist das, nur darf es an den Universitäten, in der Politik und in den Massenmedien keiner laut und deutlich sagen.

Das Sparen ist die Ursache aller Absatzkrisen

Um eine Absatzkrise zu erzeugen, in der die Güternachfrage einbricht und die Auslastung des Produktionspotentials drastisch fällt, kann man die Kredite stark verteuern, also die Zinsen erhöhen.

niedrige Zinsen > hohe Kreditaufnahme

hohe Zinsen > niedrige Kreditaufnahme

Ebenso wirksam wie eine drastische Erhöhung der Leitzinsen durch die Notenbank ist ein Vertrauensverlust durch einen Börsencrash oder eine Banken- und Finanzkrise.

sinkende Kreditaufnahme > sinkende Güternachfrage

Die Weltwirtschaftskrise 1929-33 begann mit einem Börsencrash, indem die US-Notenbank eine Hausse an der Wallstreet 1929 mit einer scharfen Zinserhöhung beendete.

Hohe Zinsen, wirtschaftliche Unsicherheit und sinkendes Vertrauen in die Zukunft veranlassen die Haushalte und Unternehmen zum Sparen. Der Konsum wird eingeschränkt, Investitionen werden zurückgestellt oder ganz gestrichen.

hohe Zinsen > Sparen > sinkende Einkommen

Es ist kein Zufall, dass die Massenmedien und die Politiker in Zeiten der Wirtschaftskrise das Sparen, Kürzen, Streichen propagieren. Mit den bereits angestellten Überlegungen wissen wir, dass damit die Krise der Wirtschaft weiter verschärft wird.

Sparen, Kürzen, Streichen > schrumpfende Güternachfrage

schrumpfende Güternachfrage => fallende Einkommen

Weil die Krise ja absichtlich herbeigeführt wird, um Löhne und Preise zu senken, propagieren Zeitungen, Radio und Fernsehen das Sparen, Kürzen, Streichen bei Haushalten, Unternehmen und Staat.

Maßnahmen also, mit denen die Krise weiter vertieft und verschärft wird. Die verantwortlichen Journalisten sind nicht zu dumm, um die Wirkung ihrer Ratschläge zu begreifen, sondern genau für diese krisenverschärfende Propaganda gedungen.

Die Professoren finanzieren ihre Wirtschaftsforschungsinstitute aus den gleichen Quellen, daher fordern sie in jeder Krise Lohnkürzungen und Sozialabbau, als hätten sie den letzten Verstand verloren.

Massenarbeitslosigkeit > sinkende Löhne

Sozialabbau > Druck auf Arbeitslose

Dass mit der Krise die Löhne sinken und die lohnabhängigen Arbeiter wieder härter für weniger Geld arbeiten müssen, ist ja genau das Ziel der von der Geldpolitik herbeigeführten Absatzkrisen.

Selbstverständlich muss das den Betroffenen völlig verdreht dargestellt werden. Schulen, Universitäten, Massenmedien und Politik sollen die Zusammenhänge und Hintergründe der geldpolitischen Verursachung von Krisen und Massenarbeitslosigkeit dem Publikum verbergen und dessen Denken verwirren.

Das ist der Sinn des Sayschen Theorems.

Die Geld- und Kreditschöpfung der Banken

In den Zeiten von Ricardo und Say war die Währung aus Gold und Silber. Neben dem stets knappen Edelmetall dienten vor allem Wechsel im täglichen Zahlungsverkehr.

Man hatte aber auch schon die Banknoten erfunden, die vor allen Münzen den Vorteil hatten, einfach zum aufgedruckten Nennwert bei der Bank gutgeschrieben zu werden. Münzen aus Gold und Silber waren oft minderwertig und die Banken nahmen sie dann nur nach ihrem Gehalt an Edelmetall in Zahlung.

Das Edelmetall war aber die Sicherheitsreserve der Notenausgabe und damit auch der Kreditvergabe. Aus dieser Zeit hat sich die heute völlig falsche Vorstellung erhalten, dass man sein gespartes Geld (Gold!) zur Bank bringt, damit die Bank dieses Geld verleihen kann.

Damals war es eine teilweise richtige Vorstellung, soweit man Münzen aus Gold und Silber gespart hatte und diese zur Bank brachte. Dann konnte die Bank mit dem zusätzlichen Gold und Silber als Reserve gar einen mehrfachen Betrag an zusätzlichen Krediten vergeben.

Auch hier ist die mikroökomische Betrachtung irreführend. Wenn jemand sein gespartes Gold und Silber für einen Kauf verwendet und der Verkäufer das verdiente Geld zur Bank brachte, war derselbe Betrag an zusätzlichen Krediten zu vergeben. Schlecht waren für die Kreditvergabe der Banken nur die Münzhorte an Gold und Silber in privaten Händen.

Jedenfalls hat sich diese falsche Vorstellung bis in unsere Tage gehalten und noch heute meinen viele, dass ihr Sparen die Kreditvergabe durch die Banken erst ermöglichen würde.

Diese Vorstellung war schon damals falsch.

Wie entsteht der Unternehmergewinn

Wovon hängt in einer Ökonomie der Unternehmergewinn ab? Er ergibt sich aus der Summe des Unternehmerkonsums und der Investitionen.

U-Konsum + Investition => Unternehmergewinn

Karl Marx und besonders Rosa Luxemburg haben sich ihre Köpfe über diese Frage zerbrochen. Erst der Keynesianer Michal Kalecki (1899-1970) hat es dann mit seinem Spruch „Arbeiter geben aus, was sie bekommen, Kapitalisten bekommen, was sie ausgeben“ auf den richtigen Punkt gebracht.

Karl Marx hatte die einfache Lösung des Problems nicht gefunden. Wenn der Kapitalist die Produktion finanziert, die Maschinen, die Roh- und Hilfsstoffe und die Löhne, dann kann er beim Verkauf nur das von ihm vorgestreckte Geld wieder einnehmen – ohne jeden Gewinn, so der Gedankengang von Marx. Auch die Werttheorie hat diese Frage nicht beantworten können. Später hat Rosa Luxemburg ihre Theorie zum Imperialismus damit begründet, dass der Gewinn von außen, durch Eroberungen, in die Ökonomie kommen müsse.

Der Kapitalist finanziert aber nicht nur die Produktion für den Konsum der Arbeiter, sondern auch für seinen eigenen Konsum und vor allem seine Investitionen. Beim Verkauf aller Waren erhalten die Kapitalisten dieses Geld wieder zurück. Wo ist nun der Gewinn? Er steckt in der Höhe des Unternehmerkonsums und in der Wertsteigerung des Kapitals durch die Nettoinvestition und wurde damit realisiert.

Auch hier gilt in der Krise:

sinkende Investitionen => sinkende Unternehmensgewinne

Auch das Sparen der Kapitalisten an ihren Privatausgaben senkt dann nur ihre Gewinne, insgesamt, also makroökonomisch betrachtet.

Der Saysche Trugschluss und seine Scheinlogik

Das Saysche Theorem ist ein Sophismus, wie nach den Sophisten im alten Griechenland der mit den Mitteln einer Scheinlogik bewusst herbeigeführte Trugschluss bezeichnet wird.

Hier werden die Betrachtungsebenen gewechselt, ohne das Publikum darüber aufzuklären. Man betrachtet das Sparen mikroökonomisch und leitet daraus eine Schlussfolgerung für die Gesamtwirtschaft ab.

Sparen eines Einzelnen > dessen Ersparnisse steigen

Das Sparen eines Einzelnen besteht in der Einschränkung seines Konsums, wobei ein Überschuss des Einkommens dieses Einzelnen über seine Konsumausgaben entsteht.

Wenn nur ein Einzelner zusätzlich spart, sinkt dessen Einkommen deswegen nicht spürbar. Erst wenn viele sparen, sinken dadurch die Einkommen und die Ersparnisse.

Der Saysche Trug ist aber eine Behauptung, die sich auf die Makroökonomie bezieht. Daher ist eine mikroökonomische Betrachtung des Sparens und seiner Auswirkungen kein Beweis.

Wie sieht es da nun aus, wenn nicht ein Einzelner, sondern alle oder jedenfalls die Mehrheit zu „sparen“ beginnen, also ihre Ausgaben für Konsum einschränken?

Konsumverzicht > weniger Investition => weniger Ersparnis

Durch das „Sparen“ sinkt die Nachfrage nach Konsumgütern, es wird weniger produziert und deshalb sinken die Einkommen in dieser Ökonomie. Weil die Nachfrage nach Konsumgütern zurückgegangen ist, werden die Unternehmer nicht nur die Produktion der Güter für den Konsum einschränken und weniger Arbeiter beschäftigen, sie werden auch ihre Investitionen reduzieren.

Sparen einer Mehrheit > Einkommen und Ersparnisse sinken

In einer Ökonomie wird auf makroökonomischer Ebene die Höhe der Ersparnis durch die Höhe der Investitionen bestimmt, nicht umgekehrt. Wenn also durch das „Sparen“ der Einzelhaushalte die Nachfrage nach Konsumgütern sinkt, gehen die Investitionen zurück und damit sinkt die Gesamtersparnis in der Ökonomie.

Investition => Ersparnis

weniger Konsum > weniger Investition > weniger Ersparnis

Der Konsumverzicht führt auf der makroökonomischen Ebene zu sinkenden Einkommen und niedrigeren Ersparnissen, außer in Zeiten eines gewaltigen Booms.

Je mehr in der Krise „gespart“, also der Konsum eingeschränkt wird, desto schlimmer - die Ökonomie „spart“ sich dabei immer tiefer in eine Rezession.

Selbstverständlich wäre dies jedem Wirtschaftshistoriker und jedem Studenten der Wirtschaftsgeschichte eine vertraute Tatsache. Aus genau diesem Grund hat die Historische Schule der Nationalökonomie wohl spurlos von den Universitäten verschwinden müssen.

Wirtschaftsgeschichte ist an den Universitäten kein Thema mehr für die Volkswirtschaftslehre. Die Geschichte der Ökonomie würde beim Modellbau und dem Humbug vom Allgemeinen Gleichgewicht der sich selbst regelnden Märkte nur stören.

Jean-Baptiste Say (1767-1832)

Der in Lyon geborene Say entstammte einer protestantischen Familie, der Großvater musste wegen seiner Religion noch nach Genf fliehen. Es war eine Familie, die Verbindungen zu britischen Kreisen hatte, was sich auch in den ökonomischen Ansichten spiegelte.

Der Vater war im Tuchgeschäft und schickt Say mit einem Bruder zur Ausbildung nach England. Mit 20 Jahren wird er Angestellter einer Versicherungsgesellschaft in Paris, deren Direktor Étienne Clavière aus politischen Gründen in England hatte Zuflucht nehmen müssen und erst unter dem Einfluss des Finanzministers und Bankiers Necker nach Frankreich zurückkehren konnte.

Clavière, später Finanzminister im Girondisten-Kabinett 1792 und bald darauf ein Opfer der Revolution, ermunterte Say, sich mit dem „Wohlstand der Nationen“ von Adam Smith zu befassen und dessen gegen die französischen Physiokraten und Merkantilisten gerichtete Lehren in Frankreich zu verbreiten.

1799 wird Say Mitglied im Finanzausschuss des Tribunats, kommt jedoch mit seinem 1803 veröffentlichten ökonomischen Buch, das auch das Theorem enthält, in Konflikt mit Napoleon. Nachdem Say sich bei einem Dinner mit Napoleon weigert, von seinen marktliberalen Positionen abzurücken, lässt Napoleon die Neuauflage seines bald vergriffenen Werkes verbieten.

Bei Pas-de-Calais gründete Say eine Baumwollfabrik mit mehreren hundert Arbeitskräften, hauptsächlich Frauen und Kindern, und modernsten englischen Maschinen. Nach einigen Jahren verkaufte er seine Anteile, vermutlich weil der Krieg zu Ende ging und damit auch der Geschäftserfolg seiner Fabrik, und betätigte sich in Paris sehr erfolgreich als Spekulant an der Börse. Nach der Restauration 1814 unternahm er für die französische Regierung eine Studienreise nach England und wurde 1815 Mitglied der Akademie der Wissenschaften.

Das Werk von Say hatte einen nachhaltigen Einfluss auf das ökonomische Denken im Frankreich des 19. Jahrhunderts. Durch Say wurden die Franzosen mit den liberalen Lehren von Adam Smith und anderen Engländern vertraut.

Die Idee des Freihandels öffnete den britischen Exporteuren die Märkte des Kontinents. Für die britischen Arbeiter bedeutete das noch mehr Arbeit zu Hungerlöhnen, nicht für ihren eigenen Bedarf, auch nicht nur für den Bedarf der Reichen in England, sondern zusätzlich für die Exportmärkte in aller Welt. Aber jeder Exportüberschuss steigert die Profite der Kapitalisten und Außenhändler.

Die Theorien der britischen Ökonomen waren völlig an den Interessen dieser Klasse der Gesellschaft orientiert. Wichtig für den Exporteur sind möglichst niedrige Kosten, der Absatz am Produktionsstandort braucht ihn nicht zu interessieren, er verkauft ins Ausland. Der Deflationismus in seinen bösartigsten Auswüchsen ist die zu diesen Interessen passende ökonomische Lehre.

Die Behauptung, dass es keinen Nachfragemangel in der Wirtschaft geben könne, findet sich schon so ähnlich bei Adam Smith und vor allem besser ausgearbeitet bei dem Zeitgenossen von Say, James Mill, dem Vater von John Stuart Mill.

Warum die Briten dem Franzosen Say den zweifelhaften Ruhm ließen, lässt sich schwer sagen, aber eigentlich war er ja einer von ihren Parteigängern.

Rosa Luxemburg hat das ausführlich erörtert:

Say stellte in der Tat schon im Jahre 1803 in seinem "Traité d'économie politique" im Buch I, Kapitel XXII: "Von den Absatzmärkten", den folgenden lapidaren Satz auf: "... man zahlt Produkte mit Produkten. Wenn deshalb eine Nation von einer Art Produkte zuviel hat, so besteht das Mittel, um sie abzusetzen, darin, Produkte anderer Art zu schaffen." Hier haben wir die bekannteste Formulierung der Mystifikation, die von

der Ricardoschule wie von der Vulgärökonomie als der Eckstein der Harmonielehre akzeptiert wurde.

... finden sich bereits ganz ähnliche Äußerungen über die Identität zwischen Angebot und Nachfrage sowie über das natürliche Gleichgewicht beider bereits bei Josiah Tucker (1752), bei Turgot in dessen Anmerkungen zur französischen Ausgabe des Tuckerschen Pamphlets, bei Quesnay, Du Pont de Nemours und anderen. Trotzdem nimmt der "Jammermensch" Say, wie ihn Marx einmal nennt, die Ehre der großen Entdeckung der "théorie des débouches" als Oberharmoniker für sich in Anspruch und vergleicht sein Werk bescheiden mit der Entdeckung der Theorie der Wärme, des Hebels und der schiefen Ebene (Siehe seine Einleitung und sein Sachregister zur 6. Auflage seines "Traité", 1841: "C'est la théorie des échanges et des débouches - telle qu'elle est développée dans cet ouvrage - qui changera la politique du monde." S. 51 u. 616.) James Mill entwickelt dieselben Standpunkt in seinem 1808 erschienenen "Commerce defended". Marx nennt ihn den eigentlichen Vater der Theorie von dem natürlichen Gleichgewicht zwischen Produktion und Absatz.

(Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke Band 5, Berlin 1975, S. 174)

James Mill

Nachfrage und Angebot sind Begriffe, die in besonderer Weise aufeinander bezogen sind. Eine Ware, die angeboten wird, ist immer und gleichzeitig eine Ware, die als Instrument der Nachfrage dient. Eine Ware, die als Instrument der Nachfrage dient, ist immer und gleichzeitig eine Ware, die dem Bestand des Angebots hinzugefügt wird. Jede Ware ist immer, zu ein und derselben Zeit, Gegenstand der Nachfrage und Gegenstand des Angebots. Von zwei Menschen, die einen Tausch durchführen, kommt der eine nicht allein mit einem Angebot und er andere nicht allein mit einer Nachfrage; jeder von ihnen kommt sowohl mit einer Nachfrage und einem Angebot. Das Angebot, das er mitbringt, ist das Instrument seiner Nachfrage; und seine Nachfrage und sein Angebot sind einander natürlich genau gleich.

Aber wenn Angebot und Nachfrage eines jeden Individuums immer einander gleich sind, dann müssen Angebot und Nachfrage aller Individuen einer Nation im Aggregat gleich sein. Wie hoch auch immer daher der Betrag der jährlichen Produktion sein mag, so kann er doch niemals den Betrag der jährlichen Nachfrage überschreiten. Aber die gesamte jährliche Produktion ist gemäß der Anzahl von Anteilen aufgeteilt, die der Anzahl der Leute entspricht, an die sie verteilt wird. Die Gesamtnachfrage entspricht genau denjenigen Anteilen am Gesamten, die ihre Eigentümer nicht selbst konsumieren. Aber die gesamten Anteile sind gleich der gesamten Produktion. Der Beweis ist somit vollständig geführt.

(J. Mill: Elements of Political Economy, 1821, 3. Aufl. 1844, Kap-IV Abschn.III. S. 232; zitiert nach Heinsohn/ Steiger, „Eigentum, Zins und Geld“, Metropolis-Verlag 2008, S.396)

Ähnlich die Argumentation bei John Stuart Mill, dem Sohn von James Mill, letztgenannter war übrigens ein Kumpan des berüchtigten Jeremy Bentham gewesen.

„… ist es … möglich, dass aus Mangel an Mitteln zur Bezahlung die Nachfrage nach all den Waren zu gering ist? Wer dies denkt, kann nicht richtig betrachtet haben, worin die Mittel zur Bezahlung von Waren bestehen. Es sind einfach wieder Waren. Die Mittel eines jeden, die Erzeugnisse anderer zu bezahlen, bestehen aus den Erzeugnissen, die er selbst besitzt. Alle Verkäufer sind unvermeidlich und logischerweise Käufer. … Demnach erweist sich ein allgemeines Überangebot oder ein Überschuss an Waren insgesamt über die Nachfrage als unmöglich.“

(J. St. Mill, Grundsätze der politischen Ökonomie, 1924, Bd. 1., S. 109)

Nein, wir wissen ja, dass nicht wegen dem Mangel an Mitteln zur Bezahlung die Nachfrage zu gering ist, um das Produktionspotential auszulasten. Sondern es ist der Mangel an Nachfrage, wegen dem dann die Mittel fehlen, weil alle ihre Ausgaben einschränken und zu sparen versuchen, was aber nicht die Ersparnisse steigen lässt in der Krise, sondern nur die Zahl der Bankrotte und der Erwerbslosen.

Während man sich bei den Argumenten von Say bis Mill an den Kopf fasst, lehrt ein Blick in die Geschichtsbücher den dringenden Anlass für diese Leugnung der Absatzkrisen durch die englischen Klassiker und ihre Anhänger.

Der Krieg gegen Napoleon war in England mit inflationärer Politik finanziert worden, was auch sonst. Nach dem Ende des Krieges sollte eine brutale Deflationspolitik stattfinden, um die Löhne und Preise nieder zu brechen. Für diesen Zweck hatten die Ökonomen schon die theoretische Möglichkeit und grundsätzliche Idee allgemeiner Absatzkrisen zu bestreiten.

David Ricardo und die Deflation in England

Durch den Krieg mit Frankreich waren im Februar 1797 die Reserven der Bank von England auf 1,3 Mio. Pfund bei einem Notenumlauf von 8,6 Mio. Pfund gefallen. In Friedenszeiten hätte längst mit restriktiver Geldpolitik eine schwere Rezession erzeugt werden müssen, aber das ging während eines Krieges nicht und so wurde 1797 die Goldeinlösung durch die Bank von England aufgehoben. Eine Verdopplung der Preise in den Jahren des Krieges gegen Napoleon war die Folge.

Schon im Jahr 1810 war eine Parlamentskommission mit Henry Thornton, einem einflussreichen Bankier und Parlamentarier, dessen Bruder ein Direktor der Bank von England war, gegründet worden, die als „Bullion Committee“ bekannt wurde. Die Kommission forderte die Wiederaufnahme der Goldeinlösung baldmöglichst nach Kriegsende und zu diesem Zweck die Einschränkung von Krediten an Händler und Fabrikanten und die Verringerung der ausgegebenen Banknoten.

Die Bank von England sollte mit einer restriktiven Kreditpolitik die Preise wieder halbieren und den Geldumlauf an Banknoten entsprechend reduzieren. Man wartete mit der Umsetzung dieser Politik allerdings bis nach dem Sieg über Napoleon.

Nach den positiven Erfahrungen mit der expansiven Geldpolitik während der Kriegsjahre hatten sich in England sogar eifrige Anhänger des Inflationismus gefunden. Thomas Attwood, ein Bankier aus Birmingham und ein Führer der Chartistenbewegung, forderte erstmals die Bekämpfung der Krisen durch expansive Geldpolitik.

Während der geniale Thomas Attwood (1783 – 1856) heute vergessen ist, wurde der Unsinn von Say und Mill zur Grundlage unserer ökonomischen Lehren. Auch David Ricardo war ein Anhänger des Sayschen Theorems; man müsste bei der Betrachtung der Argumente fast fragen, ob er denn ganz bei Verstand gewesen sein kann.

Die historischen Tatsachen geben ein klares Bild. Selbstverständlich war David Ricardo an der Vorbereitung der Wirtschaftskrise beteiligt, mit der nach Kriegsende das Niveau der Preise und Löhne in England wieder auf den Vorkriegsstand gesenkt werden sollte. Eine Absatzkrise also, wie sie von Say und Mill und Ricardo selbst stets bestritten wurde, sollte die Deflation bewirken, denn anders geht das nicht.

Ricardo war einer der schärfsten Deflationisten und machte in mehreren Artikeln in der Presse die überhöhte Notenausgabe der Bank von England für die Inflation verantwortlich. Wir kennen das Argument von den Monetaristen: man stellt die Sache dem Publikum so dar, als sei die Inflation ganz einfach durch die Verringerung der umlaufenden Geldmenge zu kurieren.

Im Jahr 1810 veröffentlichte David Ricardo sein erstes Werk zur Ökonomie, es hieß „The High Price of Bullion, A Proof of the Depreciation of Bank Notes.“ und befasste sich mit dem gestiegenen Preis der Goldbarren und der Abwertung der Banknoten.

Von 1815 - als Napoleon sicher nach St. Helena verbannt worden war - bis 1821 halbierte die Bank von England die Geldmenge der umlaufenden Banknoten und das Preisniveau in England mit einer durch restriktive Geldpolitik verursachten Absatzkrise. Das führte zu einem schnellen Anstieg des Goldkurses der Banknoten bis zur Goldparität im Jahr 1821. Es gab während der Deflation Unruhen und Aufstände durch Hunger, Not und allgemeine Verzweiflung.

Das muss man immer im Hintergrund haben, wenn man das einfältige Gefasel über die Unmöglichkeit von Absatzkrisen liest. Ricardo wusste genau, dass, wie und zu welchem Zweck diese Krisen absichtlich verursacht wurden, und er war selbst daran beteiligt, zu inszenieren, was es nach der Lehre der klassischen Ökonomie gar nicht geben durfte.

Abschließend möchte ich wieder Rosa Luxemburg zu Ricardo zitieren:

Ricardo hatte in seinen "Principles" in der entscheidenden Frage gänzlich die Harmonielehre über das Verhältnis zwischen Produktion und Konsumtion von dem faden Say übernommen. Im Kapitel XXI sagt er: "Say hat genügend nachgewiesen, daß es kein noch so großes Kapital gibt, das nicht in einem Lande angewandt werden könnte, denn die Nachfrage findet nur in der Produktion ihre Grenzen. Niemand produziert außer in der Absicht, sein Produkt selbst zu konsumieren oder es zu verkaufen, und jeder verkauft nur in der Absicht, andere Güter zu kaufen, welche für ihn unmittelbar zur Konsumtion dienen oder aber dazu, in einer künftigen Produktion angewendet zu werden. Derjenige, der produziert, wird also notwendig entweder selbst Konsument seines Produktes oder Käufer und Konsument der Produkte anderer."

(Rosa Luxemburg, ebenda, S. 168)

Selbstverständlich werden die Krisen auch nicht durch zu viel Kapital verursacht. Aber dass es deshalb Krisen nicht geben könne, war eine gezielte Täuschung des Publikums.

Karl Marx über die Krisen

Über die monetären Aspekte der Krisen zitiert Marx ausführlich die englischen Parlamentsakten, aber er wollte Krisen nicht monetär erklärt haben.

Für Marx wie seine Anhänger sind die Krisen nicht durch restriktive Geldpolitik verursachte Wirtschaftskrisen, sondern die Löhne halten nicht Schritt mit dem Wachstum der Produktion als Folge des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit.

Die Geldpolitik reagiere nur auf die bevorstehende Krise:

Die Banken fangen an, Lunte zu riechen, sobald ihre Kunden mehr Wechsel als Geld einzahlen.

(Karl Marx, Kapital III, Berlin 1983, Kap. 28, S. 464)

Die restriktive Kreditvergabe wird also von Marx nur als Reaktion der Banken auf die Gefahr der Krise gesehen, nicht als deren Auslöser.

Entsprechend begründet er dann auch die hohe Diskontrate:

In der Krisis selbst, da jeder zu verkaufen hat und nicht verkaufen kann und doch verkaufen muß, um zu zahlen, ist die Masse, nicht des unbeschäftigten, unterzubringenden Kapitals, sondern die des in seinem Reproduktionsprozeß gehemmten Kapitals gerade dann am größten, wenn auch der Kreditmangel am größten ist (und daher bei Bankierkredit die Diskontorate am höchsten).

(Karl Marx, ebenda, Kap. 30, S. 500)

Von diesem Standpunkt erscheint Marx die Bankgesetzgebung in England einfach als fehlerhaft:

Die Bank von England soll helfen - aber auch ihre Kräfte sind bald erschöpft, der Bankakt von 1844 zwingt sie, ihre Notenzirkulation einzuschränken grade im Moment, wo alle Welt nach Banknoten schreit, wo die Warenbesitzer nicht verkaufen können und doch zahlen sollen und jedes Opfer zu bringen bereit sind, wenn sie nur Banknoten erhalten.

(Karl Marx, ebenda, Kap. 33, S. 543)

Bis heute erweisen sich die Marxisten hilfreich gegen die Keynesianer, wann immer die Geldpolitik wieder eine Krise erzeugt. Grundsätzlich wird alles, was nicht gleich die Weltrevolution ist, wie die Forderung nach einer expansiven Geldpolitik, als Systemstabilisierung diffamiert.

Die keynesianische Beschäftigung mit der Zins- und Geldpolitik sei verkürzte Kapitalismuskritik oder gar struktureller Antisemitismus, lauten die heftigsten Vorwürfe der Marxisten, womit das Publikum leicht geschreckt wird, das Marx selber nicht gelesen hat:

Das Kreditsystem, das seinen Mittelpunkt hat in den angeblichen Nationalbanken und den großen Geldverleihern und Wucherern um sie herum, ist eine enorme Zentralisation und gibt dieser Parasitenklasse eine fabelhafte Macht, nicht nur die industriellen Kapitalisten periodisch zu dezimieren, sondern auf die gefährlichste Weise in die wirkliche Produktion einzugreifen - und diese Bande weiß nichts von der Produktion und hat nichts mit ihr zu tun. Die Akte von 1844 und 1845 sind Beweise der wachsenden Macht dieser Banditen, an die sich die Finanziers und stock-jobbers anschließen.

(Karl Marx, Kapital III, ebenda, Kap. 33, S. 560)

Der Mechanismus des Goldstandards

Im Jahr 1844 wurde mit der Peelschen Bankakte der Bank von England die Ausgabe ungedeckter Banknoten auf 14 Mio. Pfund beschränkt. Der Betrag der durch Gold gedeckten Banknoten blieb unbeschränkt, aber die Bank musste über ihre Notenausgabe genau berichten.

Bei einer florierenden Konjunktur in England drohte der Bank aus zwei Gründen der Abzug von Gold; einmal durch die Defizite in der Bilanz mit dem Ausland, wenn die steigenden Preise in England Importe von Waren begünstigten und den Export minderten; zweitens war bei einer Inflation der Preise für Edelmetall mit einem Verlust von Bankeinlagen durch Auszahlung in Gold zu rechnen.

Die Bank von England war bei sinkenden Goldreserven zu einer restriktiven Kreditvergabe mit höheren Zinsen gezwungen und bewirkte damit etwa alle zehn Jahre eine Absatzkrise und Massenarbeitslosigkeit.

Es ergab sich ein typischer Kreditzyklus, der auch so benannt wurde, bei dem die Konjunktur auf ihrem Höhepunkt bei steigenden Preisen mit Hochzinspolitik und Krediteinschränkung abgewürgt wurde und in eine Rezession oder gar deflationäre Depression stürzte. Absatzkrise und Massenarbeitslosigkeit ließen die Löhne und Preise wieder fallen, die Importe gingen zurück, die Exporte stiegen, die hohen Zinsen lockten das Gold aus den privaten Horten.

Ein neuer Kreditzyklus begann auf dem Tiefpunkt der Krise mit der Lockerung der Kreditvergabe und der Senkung der Zinsen. Produktion und Beschäftigung erholten sich wieder.

1847, 1857 und 1866 musste die Peelsche Bankakte auf dem Tiefpunkt der Krisen von Regierung und Parlament ausgesetzt werden, um der Bank von England wieder eine expansive Kreditvergabe zu ermöglichen.

Nachkriegsdeflation und Goldstandard

Gerade noch rechtzeitig zum Beginn des Weltkriegs war das Federal Reserve System, die Notenbank der USA, am 23. Dezember 1913 vom Kongress der Vereinigten Staaten geschaffen worden. Wie in Kriegszeiten üblich, wurde dann in allen direkt und indirekt am Krieg beteiligten Staaten eine sehr expansive Kreditpolitik betrieben.

Der Weltkrieg hatte vor allem in den USA und England die Ökonomie gewaltig belebt und auch entsprechend die Preise steigen lassen. Gegen die Preissteigerung wurde während des Krieges nichts unternommen, die Goldeinlösung war in den meisten Staaten eingestellt worden.

Benjamin Strong erhöhte bis Jahresende 1920 die Zinsen der FED auf 7 Prozent. Durch die so ausgelöste Rezession gab es 2,5 Mio. Arbeitslose in den USA und die Preise sanken bis 1923 um ein Drittel. Es war nur eine relativ kurze Krise gewesen, nach der die Preise immer noch um 50% über dem Vorkriegsstand lagen und von der die Wirtschaft sich mit der Senkung der Zinsen schnell wieder erholen konnte.

Die Rentiers waren nicht zufrieden, die Inflation der Kriegsjahre wurde von den reichen Geldanlegern als unerträgliches Unrecht und Betrug angesehen. Die Kaufkraft ihrer Vermögen hatte im Vergleich zu den Preisen von 1913 zwischen einem Drittel und der Hälfte verloren. Dass die gute Konjunktur den Großteil ihrer Geldanlagen erst ermöglicht hatte, wollten sie nicht sehen.

Much the greater proportion of the money contracts still outstanding were entered into when money was worth more nearly what it is worth now than what it was worth in 1913. Thus, in order to do justice to a minority of creditors, a great injustice would be done to a great majority of debtors.

(Keynes (1923), Essays in Persuasion, London 1963, S. 192)

John Maynard Keynes bekämpfte schon seit 1923 mit deutlichen Warnungen vor dem Ausmaß des damit verbundenen Elends die Forderungen der Bankiers und Rentiers, das Preisniveau von 1913 in England wie in den USA wieder herzustellen.

Deflation is even worse than Inflation. Both are "unjust" and disappoint reasonable expectation. But whereas Inflation, by easing the burden of national debt and stimulating enterprise, has a little to throw into the other side of the balance, Deflation has nothing.

(Keynes, Essays, S. 192f)

Keynes machte dagegen die schwere Ungerechtigkeit einer harten Deflationspolitik für die anderen Klassen, vor allem die Arbeiter und die Schuldner und Investoren geltend. Mit dem Bankrott von Firmen und dem Verlust an Arbeitsplätzen werde der Versuch einer Rückkehr zur Vorkriegsparität einen unermesslichen Schaden anrichten.

Auch die Bank von England hatte sich 1920 der Deflationspolitik der FED angeschlossen und die Zinsen stark erhöht, während die Regierung einen scharfen Sparkurs einschlug. Zwei Millionen Menschen verloren ihren Arbeitsplatz und die Preise wurden fast halbiert. Als im Jahr 1925 England das Pfund zu einem überhöhten Kurs an das Gold band, erholte sich die Wirtschaft nicht mehr. Die Massenarbeitslosigkeit wurde nicht mehr überwunden.

Die Rentiers und deren bösartiger Deflationismus warteten auf ihre Gelegenheit. Keynes hatte rechtzeitig und engagiert gewarnt: vor der Deflation und vor dem Goldstandard. Bis 1928 war zuletzt auch Frankreich in den internationalen Goldstandard eingebunden und 1929 wurden die vor allem in den USA boomenden 20er Jahre durch die Zinserhöhung der FED beendet.

Weltwirtschaftskrise

Es war kein Versehen, wie es bis heute dargestellt wird. Angeblich habe sich niemand die Krise erklären können, Wissenschaft und Politik hätten ratlos keinen Ausweg gewusst.

Ganz im Gegenteil: Wissenschaft und Politik und Publizistik wurden ganz gezielt dafür engagiert, dem Publikum die uns seit Say geläufigen falschen Vorstellungen einzureden, wie in jeder derartigen Krise.

In aller Welt waren Professoren, Politiker und Journalisten unterwegs, den Leuten zu erzählen, dass man jetzt sparen müsse, dass das Kapital knapp wäre, die Löhne zu hoch seien und die Sozialleistungen sowieso abgeschafft gehörten. Die Preise müssten noch weiter fallen.

Im Juni 1930 trat in den USA das Smoot-Hawley Zollgesetz in Kraft, das für mehr als 20.000 Produkte sehr hohe Einfuhrzölle bestimmte. Das wichtigste Gläubigerland machte es seinen Schuldnern möglichst schwer, das Geld auch zu verdienen. Sowohl Exporte wie Importe der USA wurden halbiert, weil die Handelspartner für Waren aus den USA ebenfalls Zölle einführten.

Die weltweite Deflation der Preise begann 1930 mit Weizen, Zucker, Kaffee und Gummi, die um über 50% einbrachen. Australien, Brasilien und Argentinien schieden sofort aus dem Goldstandard aus.

Im September 1931 gab die britische Regierung den Goldstandard auf, nachdem die Bank von England noch im Juli den Zins auf 4,25% erhöht hatte, um den Goldabfluss zu stoppen. Damit endete die Depression in England, weil das floatende Pfund um ein Drittel abgewertet wurde und die britischen Waren damit billig waren.

Vor allem konnten die Zinsen der Bank von England bis auf 2% gesenkt werden, weil die Währung nicht mehr verteidigt werden

musste. Die Kronkolonien und viele weitere Staaten schlossen sich der Abwertung an, wider Erwarten aber nicht Deutschland.

Nun waren die USA und Frankreich gefordert, mit restriktiver Geldpolitik ihre Währung zu verteidigen. Die FED erhöhte im Oktober 1931 den Zins von 1,5% auf 3,5%, die Konjunktur brach dadurch noch mehr ein. 1929 hatten die US-Gesellschaften Gewinne von 10 Mrd. Dollar erzielt, 1932 erlitten sie einen Gesamtverlust von 3 Mrd. Dollar.

Bis Juli 1932 war der Dow Jones von 381 Punkten im September1929 auf sein Tief von 41 Punkten gefallen. Fast 10 Millionen Menschen in den USA waren erwerbslos, die Importe aus Europa waren von 1.334 Mio. auf 390 Mio. Dollar gesunken. Im Jahr 1929 betrug das Bruttoinlandsprodukt der USA 103,6 Mrd. Dollar und sank bis 1933 auf nur noch 56,4 Mrd. Dollar.

Das Volksvermögen der USA ging von 362 Mrd. Dollar 1929 auf 150 Mrd. Dollar 1933 zurück, die Inlandsverschuldung sank aber nur von 200 Mrd. auf 160 Mrd. Dollar (I. Fisher, „The Dept-Deflation Theory of Great Depressions“, Econometrica, S. 354).

Die Eigentümer der Geldvermögen hatten dank der Großen Depression wieder die Kaufkraft ihres Geldes zu Preisen von 1913 oder besser.

Im März 1933 war die erste Amtshandlung des Präsidenten Roosevelt die Schließung sämtlicher Banken, danach folgte das Verbot der privaten Goldhortung. Die Dollarabwertung wurde erst verfügt, als viele Bürger ihr Gold bei den Banken wieder eingezahlt hatten.

Damit endete der Goldstandard und mit ihm die Große Depression, wobei sich der Widerstand der Deflationisten in den USA gegen den New Deal und gegen eine expansive Geld- und Finanzpolitik noch bis zum Krieg hinzog.

Wie „Der Deutsche Volkswirt“ die Krise erklärte

Carl Landauer, der Herausgeber der angesehenen Zeitschrift „Der Deutsche Volkswirt“, veröffentlichte unter der Überschrift „Der Ursprung der Krisen“ in der Ausgabe vom 18. Februar 1931 einen Artikel mit der Forderung, dass eine Reform der Arbeitslosenpolitik „von einer Erkenntnis der Krisenursachen ausgehen“ müsse. Die Krisenursache sei nun nicht etwa der Mangel an Kaufkraft, wie die „populären Vorstellungen“ meinen, sondern Mangel an Kapital.

Zunächst einmal sei diese Krise trotz ihrer Härte auch nur ein Tal in der wirtschaftlichen Wellenbewegung, die man seit Jahrhunderten kenne:

Der folgende Artikel geht den bestimmenden Momenten dieses Bewegungsspiels nach und zeigt, daß die populären Vorstellungen von einer zunächst vorhandenen und sich dann allmählich erschöpfenden „Kaufkraft“ nichts erklären. Die These, zu der er gelangt, daß im Verlauf der Hochkonjunktur sich Kapitalknappheit einstelle und diese schließlich den Umschlag zur Depression bewirke – dies ist überdies auch die herrschende Meinung der Wissenschaft – wird in einem späteren Artikel noch zu vertiefen sein. Ein weiterer Aufsatz soll dann die Rolle der „monetären“ Vorgänge im Konjunkturverlauf klarstellen.

Heute rätselt man, wie im Angesicht dieser verheerenden Krise die dafür verantwortliche Politik derart lange durchgehalten werden konnte. Aber bis heute ist es die herrschende Lehre der (gekauften und seit jeher dahingehend arbeitenden) wortführenden Vertreter der Wissenschaft, die ebenso wie sämtliche angesehenen und für diesen Zweck finanzierten Zeitschriften und sonstigen Publikationen zusammen mit den Politikern krisenverschärfende ökonomische Maßnahmen predigen.

Es ist ein höchst achtenswertes Gefühl der Politiker, daß sie es als Bankrott empfinden, gegenüber der Krise im Augenblick machtlos zu sein, nichts anderes tun zu können, als „Ruhe und Ordnung“ zu halten

und die Hungernden damit zu trösten, daß bisher noch alle Hungerperioden vorübergegangen sind. Aber wenn das die Wahrheit ist, soll man ihr nicht ins Gesicht sehen?

Die Leute sind ja nicht so blöde, wie es die Lehren der Ökonomen erfordern würden. Sie haben vielleicht nicht die geschliffenen Worte gefunden, aber längst die Erkenntnis gewonnen, dass auch diese Krise wieder eine Absatzkrise ist, in der den notleidenden Massen die Kaufkraft fehlt, und dass genau dies der Urgrund der Krisen ist.

Daß in der Krise die „Konsumkraft“ fehlt, ist entweder eine Banalität, die uns nicht weiter hilft, oder eine falsche Behauptung, die unwirksame Beschwörungsformeln begründen, aber nicht zu wirksamen Taten führen kann. Eine banale Wahrheit ist es, daß in der Krise Lager und Läden voll sind und die Käufer, die Konsumenten fehlen. Ein verhängnisvoller Irrtum ist es, daß der wirkliche Grund der Krise in einem mangelnden Willen zum Konsum, in einem mangelnden „Bedarf“ liege, oder daß man irgend etwas über die eigentliche Ursache der Krise ausgesagt habe, wenn man auf den Mangel an Konsumkraft, an Kaufkraft verweist.

Jetzt kommt dann wieder die bekannte Geschichte, mit der man das Publikum in seiner mikroökonomischen Erfahrung zum Narren hält, dass doch auch für den gesparten Teil des Einkommens Güter gekauft würden und es daher gar keinen Mangel an Güternachfrage geben könne. Weil dies die entscheidende Täuschung ist, zitiere ich es gerade noch einmal. Dass beim „Sparen“ das Volkseinkommen schrumpft, so dass in den Krisen die ausreichende Güternachfrage fehlt, darauf schien Carl Landauer noch nie gekommen zu sein:

Wonach richtet sich die Größe der sogenannten „Kaufkraft“? Offenbar ist sie gleich dem Volkseinkommen. Oder wollte man etwa den gesparten Teil des Volkseinkommens von dieser Kaufkraft abziehen?

Das wäre falsch: Denn wie für den zum Konsum bestimmten Teil des Volkseinkommens Güter gekauft werden, so werden für den gesparten Teil, der in Banken und anderen Kreditinstituten als Depositenzuwachs erscheint und an Unternehmer ausgeliehen wird, Maschinen, Werkzeuge, Industriebauten bestellt, also Produktivgüter, die zu ihrer Herstellung nicht weniger Arbeit verlangen als die Konsumgüter, wie Kleider, Stiefel, Wohnraum, Brot, Fleisch usw. Also ist Kaufkraft so viel wie Volkseinkommen. Was aber ist das Volkseinkommen? Zunächst die Summe der Geldeinkommen. (...) Das wirkliche jährliche Volkseinkommen ist also das jährliche Arbeitsprodukt eines Volkes, abzüglich der Lasten aus seinen Verpflichtungen an das Ausland und zuzüglich der Erträge aus seinen Forderungen an das Ausland. Wenn aber Kaufkraft gleich Volkseinkommen und Volkseinkommen gleich Gesamt-Arbeitsprodukt ist, dann kann offenbar kein Zustand eintreten, in dem das jährliche Arbeitsprodukt für die Kaufkraft zu groß ist, sie sind ja in Wirklichkeit ein und dasselbe.

Da fehlt nur noch die Forderung, dass die Leute in einer Krise halt gefälligst mehr arbeiten sollten, um ihre Kaufkraft zu verbessern. Hier sehen wir die uns bekannte irreführende Darstellung der „Ersparnis“, durch die ja keine Nachfrage verloren ginge.

Auch der „Geldschleier“ darf bei Landauer nicht unerwähnt bleiben:

Die Vorstellung, dass es eine Konsumkraft gebe, die nicht einfach die andere Seite der Produktionskraft sei, ist nur so lange möglich, als man im geldwirtschaftlichen Denken befangen bleibt, und das wieder erweist sich sofort als unhaltbar, wenn man sich über die Zwischenglieder der Zusammenhänge klar wird: Denn alle volkswirtschaftlichen Zusammenhänge sind im letzten Grunde güterwirtschaftlicher, nicht geldwirtschaftlicher Natur.

So dumm kann Landauer selbstverständlich nicht gewesen sein. Das Saysche Theorem war auch seinerzeit schon endlos oft widerlegt worden, nur haben die an Krisen interessierten Kreise das einfach nicht zur Kenntnis genommen und immer wieder ihren alten Schwindel wiederholen lassen.

Aber Landauer will sogar den Weg aus der Krise gefunden haben.

Daß Krise und Depression sich allmählich selbst zu heilen pflegen, erbringt erst den strikten Beweis dafür, daß es eine typische Ursache des Konjunkturumschlags geben muß, deren Intensität sich im Lauf der Depression allmählich erschöpft.

Wir ahnen es schon: die Konsumenten haben über ihre Verhältnisse gelebt und zu wenig gespart und erst mit verstärktem Sparen in der Krise kann deren Überwindung gelingen.

Eine einzige Theorie hat bisher eine in sich geschlossene Krisenerklärung geboten. Sie erblickt den Grund, warum es noch niemals eine dauernde prosperity gegeben hat, in der regelmäßigen Ueberanstrengung der Wirtschaftskräfte während der Hochkonjunktur oder, von einer anderen Seite her gesehen, in der übermäßigen Produktion von Gütern für den künftigen Bedarf – übermäßig deshalb, weil ihr kein entsprechender Verzicht der Konsumenten auf gegenwärtige Konsumgüter vorausgegangen ist.

Jedenfalls sei gleichzeitig zu viel konsumiert und zu viel investiert worden, erklärt Landauer seinen Lesern. Weil nicht genug gespart worden sei, wäre es zu „gefährlichen Spannungen“ gekommen.

Übersteigt aber das Maß der Anforderungen von Investition und Konsum den verfügbaren Bestand an Gütern und Kräften, so muß es offenbar entweder zu gewaltsamer Einschränkung des Konsums oder zum Abbruch der Investitionen kommen. Die größere

Widerstandsfähigkeit ist in der Regel zunächst auf der Seite des Konsums. So kommt es dazu, daß die Investitionstätigkeit plötzlich gestoppt werden muß und daß mit der Einschränkung der Produktionsmittelindustrien der Anstoß zur Lähmung der Wirtschaft gegeben wird.

Es ist also alles ganz umgekehrt und verdreht, als in der Wirklichkeit und in Wahrheit. Nicht restriktive Geldpolitik lässt die Güternachfrage einbrechen, bis bei mangelnder Auslastung des Produktionspotentials die Investitionen unterbleiben. Sondern eine rätselhafte Überdehnung, die sich schlecht diskutieren lässt, weil sie nur im Hirn von Landauer und Konsorten zu suchen wäre, führe also zum Zusammenbruch der Investition und löse dadurch die ganze Krise aus.

Aber wenn wir vorher und nachher mehr sparen und weniger konsumieren würden, bliebe uns das in Zukunft erspart, womit bewiesen sei, dass das „Sparen“ nicht die Ursache der Krise, sondern deren Überwindung wäre, und wenn sie nicht verhungert sind, dann sparen sie noch heute.

Und natürlich hat nicht das Ansteigen des Zinsfußes die Krise ausgelöst, sondern die mangelnde Ersparnis:

Das auffälligste Merkmal der Hochkonjunktur in kapitalistischen Ländern ist das Ansteigen des Zinsfußes als Folge der Knappheit an Kapital. Knappheit an Kapital äußert sich in Knappheit an Geld, das langfristig für Zwecke der Produktionserweiterung verfügbar ist, bedeutet aber im tieferen, güterwirtschaftlichen Sinn Knappheit an „vorgetaner Arbeit“, d.h. an Produktionsmitteln. Die Produktionsmittel sind aus den ersparten Einkommen früherer Jahre und Jahrzehnte geschaffen. Je mehr früher gespart worden ist, je mehr Produktionsmittel daher heute zur Verfügung stehen, um so weniger

gegenwärtiges Sparen, um so weniger gegenwärtiger „Konsumverzicht“ ist nötig, um die Investitionen durchzuhalten.

Nein, man hoffe nicht darauf, an solchen Thesen mit logischen Argumenten anzusetzen und deren Vertreter damit zum Einknicken zu bringen. Die postulieren den Kapitalmangel während die Hälfte der Fabriken wegen Absatzmangels stillsteht und bestreiten den Mangel an Nachfrage mit der tautologischen Aussage, dass eine höhere Produktion doch zu höheren Einkommen führen würde: ja - würde.

Am 20. Februar 1931 wurden die Leser des „Deutschen Volkswirt“ über die tieferen Gründe der „Kapitalknappheit als Krisenursache“ aufgeklärt. Carl Landauer konfrontiert das Publikum mit einer neuen Frage:

Warum wirkt das Ansteigen des Zinses nicht rechtzeitig genug, um die Investitionen auf das Maß der Spartätigkeit zurückzuzwingen, zumal doch diese Erhöhung des Zinses gleichzeitig durch die Erhöhung der Preise unterstützt wird? Denn die Ausbauarbeiten am Produktionsapparat werden von zwei Seiten her verteuert: Sie verlangen einen erhöhten Kapitalaufwand, weil unterdessen die Materialien und die Arbeitskräfte teurer geworden sind, und eine höhere Verzinsung, weil die Anleihen nicht mehr so billig untergebracht werden können. Einmal begonnene Investitionen sind außerordentlich schwer und in der Regel nur mit großen Verlusten abzubrechen.

Der Einwand von Landauer gegen die Forderung nach einer expansiven Kreditpolitik war wieder die Geschichte mit dem Volkseinkommen gleich dem Arbeitsprodukt, weswegen es an Nachfrage nicht fehlen könne.

Es kann auch niemand, der vom Wesen der Wirtschaft eine Ahnung hat, auf den Gedanken kommen, der Mangel an Kaufkraft bedeute einfach Mangel an Geld. Wenn die Produktion gestiegen ist, dann ist nichts

einfacher, als das Geld zur Übernahme der Mehrprodukte zu vermehren. Man braucht dazu nur eine entsprechende Notenbankpolitik, und selbst wenn diese ausbleibt – was aber in einem modernen Land kaum denkbar ist -, dann stellt sich das Gleichgewicht zwischen Geld und Gütermenge von selbst durch entsprechendes Fallen der Preise ein.

Soso: die Deflation der Preise verschärfe die Krise nicht, sondern führe zum Gleichgewicht, ist womöglich noch heilsam und erstrebenswert. Aber noch vorher würden die Notenbanken doch „in einem modernen Land“ eine ausreichend expansive Geldpolitik betreiben.

Daß die übrigen Teile der Wirtschaft zuerst durch die Opfer, die unter ungünstiger gewordenen Umständen für den Versuch der Vollendung langfristiger Investitionen gebracht werden müssen, und später durch deren tatsächlichen Zusammenbruch in Mitleidenschaft gezogen werden, gibt dem Wirtschaftsforscher keine Rätsel mehr auf. Mit der Entdeckung jenes ersten Anstoßes ist das Konjunkturproblem grundsätzlich gelöst, und darum ist die Theorie, die Kapitalknappheit für das Ende der „normalen“ Hochkonjunktur verantwortlich macht, mit Recht zur herrschenden Meinung der Wissenschaft geworden.

Dieser Text war ein schönes Beispiel für die Anwendung des Sayschen Theorems in den damaligen Publikationen, weil der Autor Carl Landauer sich alle Mühe gegeben hat, den Schwindel überzeugend zu formulieren. Das war jedenfalls der eingängigste Text, den ich dazu gefunden habe.

Die Neoliberalen

Angesichts der Großen Depression war der Wirtschaftsliberalismus in jeder Weise erledigt. Die Professoren an den Universitäten mussten ihre ständigen Lehren, wie durch sinkende Löhne und laissez-faire die Krise beendet und die Vollbeschäftigung und das Gleichgewicht der Ökonomie wieder hergestellt würden, als blanken Irrsinn erleben.

Die führenden Ideologen des Liberalismus und des für die Depression verantwortlichen Deflationismus bereiteten sich schon 1938 auf ihre für eine weitere politische Arbeit erforderliche Tarnung vor. Liberalismus und reine Marktlehre waren dem Publikum nicht mehr zu vermitteln, daher wollte man jetzt „neo“-liberal sein und gewisse soziale und ordnungspolitische Aufgaben des Staates befürworten.

Auf dem „Colloque Walter Lippmann“ 1938 in Paris waren mit Ludwig von Mises und Friedrich August von Hayek auch schon diejenigen unter den zwei Dutzend Teilnehmern vertreten, die umgehend wieder die reine Lehre des Wirtschaftsliberalismus predigen würden und mit dem Neoliberalismus nur das Publikum verwirren wollten.

Lippmann war ein Berater von Woodrow Wilson während des Ersten Weltkriegs gewesen und vertrat die Ansicht, dass die Politik von wenigen Spezialisten bestimmt werden sollte, während die Bevölkerung durch „Manufacturing Consent“ entsprechend zu manipulieren sei. Dem Gedanken entsprach die Erfindung des Neoliberalismus.

1947 gründete Hayek die „Mont Pelerin Society“ als Dachorganisation der Neoliberalen in Europa, benannt nach einem Ort am Genfer See. Bei der Gründung war neben dem alten Ludwig von Mises und dem später berühmt werdenden Karl Popper schon Milton Friedman anwesend, bald Chefideologe des Monetarismus und der Chicago Boys.

Bastardkeynesianismus und IS-LM-Schwindel

Bevor der Neoliberalismus seinen Siegeszug antreten konnte, waren erst noch die von Keynes unter das Publikum der Welt gebrachten Ideen zu beseitigen. Man begann mit dem IS-LM-Modell des britischen Ökonomen John Richard Hicks die „Allgemeine Theorie“ von Keynes zu einem Sonderfall der Neoklassik zu erklären.

Das an den Universitäten gelehrte „Keynes-Modell“ ist nichts anderes als dieser „Bastardkeynesianismus“, wie die mit John Maynard Keynes befreundete Joan Robinson den Schwindel nannte. Von den wirklichen Ideen von Keynes erfahren die Studenten bis heute nichts.

Das IS-LM-Modell besteht aus der IS-Kurve, die das Gleichgewicht von Sparen und Investieren darstellen soll, und der LM-Kurve, die das Gleichgewicht zwischen Geldangebot und Geldnachfrage abbildet. Wir haben bereits erörtert, dass Investition und Sparen in der Makrotheorie immer identisch sind; deren Übereinstimmung mit geplantem Sparen und Investieren würde die Hellseherei der Marktteilnehmer als Gleichgewichtsbedingung fordern.

Die LM-Kurve sollte die Liquiditätsfalle darstellen können. Es wird aber im Modell eine steigende LM-Kurve unterstellt, weil bei einer steigenden Liquiditätsnachfrage der Geldmarkt nur mit höheren Zinsen im Gleichgewicht sei. Aber bei „fiat money“ ist das Geldangebot nur durch die Notenbankpolitik beschränkt - das Modell ist Quatsch.

Keynes beschrieb eine deflationäre Situation: der Realzins ist deswegen höher als der Nominalzins, was das IS-LM-Modell gar nicht abbilden kann. Die Liquiditätsfalle entsteht bei tiefen nominalen Zinsen und dem damit wachsenden Kursrisiko aller langfristigen Anleihen, weshalb das Geldangebot nur noch in die sogenannte Spekulationskasse fließt.

Monetarismus und Ölkrisen

In den 1970er Jahren kam es zu zwei Ölkrisen, die beide politische Ursachen hatten und mit dem Ölpreis die Inflation steigen ließen.

Im Oktober 1973 führte der Jom-Kippur-Krieg Ägyptens und Syriens, den Israel schnell für sich entschieden konnte, zur Entscheidung der OPEC, die Ölförderung stark einzuschränken. Die steigenden Preise für Erdöl erhöhten die Inflationsrate. Die Notenbanken in den USA und Europa reagierten darauf mit heftigen Zinssteigerungen und lösten eine weltweite Rezession mit hoher Arbeitslosigkeit aus.

Für Rezession und Massenarbeitslosigkeit verantwortlich gemacht wurde Keynes und nicht die Hochzinspolitik bei importierter Inflation. Die Stagflation hätte gezeigt, dass die keynesianische Politik nicht mehr funktionieren würde oder noch nie funktioniert habe, heißt es seitdem in den Massenmedien und an den Universitäten.

Das Inflationsgeschrei in Politik und Medien steigerte sich und der Monetarismus bekam Zulauf. Dessen entscheidender Trick bestand darin, die Inflation als Folge des Geldmengenwachstums darzustellen, so dass es nur einer monetaristischen „Geldmengensteuerung“ bedürfe, um ohne weitere negative Folgen den Wert des Geldes vor der Inflation zu schützen.

Grundlage war die „Quantitätstheorie“ des Irving Fisher:

Geldmenge x Umlaufgeschwindigkeit = Preisniveau x Handelsvolumen

Wenn die Umlaufgeschwindigkeit stabil sei, würden die Preise von der Geldmenge bestimmt. Man müsse die Geldmenge langsamer wachsen lassen, um Inflation zu verhindern. Selbstverständlich gelte das Saysche Theorem: eine Absatzkrise wäre nicht möglich und Arbeit zum Marktlohn immer für alle verfügbar.

Die Volcker-Weltrezession der 1980er Jahre

Was Milton Friedman nicht gelehrt hat, war der entscheidende Punkt: um die Geldnachfrage zu senken, muss die Notenbank die Einkommen in der Ökonomie durch eine Krise reduzieren. Preise wie Löhne sinken gleichfalls nicht einfach durch weniger umlaufendes Geld, nur dem Publikum lässt sich so die Stabilitätspolitik leichter verkaufen.

Die Notenbank kann die Inflation nur mit einer deflationären Depression brechen und als Instrument dafür hat sie den Zins für ihr Zentralbankgeld, mit dessen Erhöhung sie die Konjunktur abwürgt. Sie muss also Massenarbeitslosigkeit erzeugen, um die Löhne zu drücken. Inflation wird zum Schaden und auf Kosten der Arbeiter bekämpft.

Die zweite Ölkrise folgte der islamischen Revolution im Iran im Februar 1979 und dem Krieg zwischen Iran und Irak ab 1980, der den Ölpreis im Jahr 1981 erstmals auf über 34 Dollar je Barrel steigen ließ. Das von den Medien angefachte Inflationsgeschrei war schlimmer, als die tatsächlichen Preissteigerungen auf den Gütermärkten.

Paul Volcker war seit August 1979 Vorsitzender der FED in den USA und verursachte zu Beginn der 1980er Jahre eine brutale Rezession der Weltwirtschaft. Er trieb den Leitzins für das Geld der FED bis auf 20% im Jahr 1982 hoch, der Zins für 30jährige Anleihen stieg auf 14%! Das bedeutet bei einer Anlage von 100.000 Dollar 1982 jedes Jahr 14.000 Dollar an Zinsen bis ins Jahr 2012, insgesamt 420.000 Dollar Zinsen.

Die Massenarbeitslosigkeit stieg in allen Industriestaaten bis 1983 dramatisch, Löhne wurden gesenkt, Sozialleistungen abgebaut, der Neoliberalismus bestimmte die folgenden Jahrzehnte die politische Agenda. Während die Reichen immer reicher wurden, kehrte die Armut in die Industriestaaten zurück, zuerst in die USA und in das vom Thatcherismus geprägte Großbritannien.

Es war eine Neuauflage der Politik von 1929 bis 1933, nur diesmal mit den Geldmengen statt den Goldreserven begründet und nicht ganz so brutal, wenigstens in den reicheren Industriestaaten. In den Ländern der Dritten Welt verursachte die Hochzinspolitik der FED eine mörderische Schuldenkrise mit Abermillionen Opfern, verschärft durch die Auflagen von Weltbank und IWF zur Sicherstellung der Zinszahlungen.

In der Wirtschaftspresse wurde wöchentlich das Wachstum der diversen Geldmengen diskutiert und welche Reaktion der Notenbank, also die Anhebung oder Senkung der Zinsen, darauf folgen sollte. Meist wurde eine noch restriktivere Geldpolitik gefordert.

In den Massenmedien war die Hochzinspolitik als Ursache von Krise und Massenarbeitslosigkeit kein Thema. In den Medien fand tagtäglich eine Hetzkampagne gegen die Arbeitslosen statt, an der sich Politiker wie Wirtschaftswissenschaftler beteiligten. Forderungen nach Kürzung von Löhnen und Sozialleistungen und höheren Profiten für das Kapital bestimmten die konjunkturpolitischen Debatten.

An den Universitäten wurde den Studenten immer noch an Modellen gezeigt, wie eine Senkung der Löhne und Sozialausgaben zu mehr Beschäftigung führe, als ob den Opfern der Krise die Arbeit und nicht der angemessene Lohn und die soziale Sicherheit fehlen würden. Die Professoren, die in den Medien zitiert wurden, waren völlig skrupellos, die VWL nur noch ein Instrument zum Klassenkampf von oben.

Es war einfach schamlos, was die Professoren da von sich gaben, denn alle „wissenschaftlichen Erkenntnisse“ und Schlussfolgerungen aus diesen VWL-Modellen ohne richtiges Geld sind zirkulär und beruhen auf den entsprechenden Annahmen und Voraussetzungen beim Modellbau, vor allem dem Sayschen Theorem.

Das Saysche Theorem heute

Die Professoren befassen sich mit Modellen, nicht mit der Geschichte der Wirtschaft und deren Lehren. Die Studenten haben die Modelle zu studieren, nicht Realität und Geschichte.

Gemäß dem Sayschen Theorem ist daher ein erhöhtes Güterangebot letztlich immer auch mit einer entsprechend höheren Nachfrage nach Gütern verbunden... Entscheidend ist, daß es makroökonomisch ein unzureichendes Nachfrageniveau niemals geben kann: Jedes Angebot schafft sich selbst die notwendige Nachfrage.

Das gilt nach klassischer Auffassung selbst dann, wenn gespart wird. Wer seine Einnahmen zur Bank bringt, statt sie für Güterkäufe zu verwenden, verringere damit nämlich nur scheinbar die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Denn offenbar liegt es im Interesse der Bank, das Geld auszuleihen, in erster Linie an die Unternehmen. Dadurch wird die Ersparnis aber wiederum nachfragewirksam, denn die Unternehmen fragen mit Hilfe des geliehenen Geldes Investitionsgüter nach.

(Ulrich van Suntum, „Die unsichtbare Hand", Berlin 2005, Seite 105)

Welcher Student, der das hört oder liest, kommt schon auf die Idee, dass das alles nicht stimmt? Dabei behauptet der Professor gar nicht, dass es stimmen würde; ob es stimmt, ist nicht das Thema. Thema ist die klassische Auffassung der makroökonomischen Zusammenhänge und die hat der Student zu lernen und in seinen Prüfungen darzulegen. Dass man ihm diesen Unsinn dabei ins Hirn schraubt, ist durchaus so gewollt.

Die Professoren widerlegen es jedenfalls nicht, was sie da lehren.